

presse

Schwarz-gelbe Gesundheitspläne belasten Rentenversicherung

Zu den Auswirkungen der schwarz-gelben Pläne im Gesundheitswesen auf die Einnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung erklären die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme und der zuständige Berichterstatter Anton Schaaf:

Mit den Plänen der Koalition, den paritätisch finanzierten Krankenversicherungsbeitrag von 14,0 Prozent auf 14,6 Prozent anzuheben, werden nicht nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber stärker zur Kasse gebeten. Auch die Rentenversicherungsträger, die bei der Krankenversicherung der Rentnerinnen und Rentner den hälftigen Beitrag übernehmen, werden jährlich mit 600 Millionen Euro Mehrausgaben belastet. Berücksichtigt man noch die rund 200 Millionen Euro verminderte Beitragseinnahmen, die sich aus der Reduzierung der Dauer des Wehr- und Zivildienstes ergeben, sowie die geplante Abschaffung der Rentenversicherungsbeiträge beim Arbeitslosengeld II (jährlich 1,8 Milliarden Euro) und den Wegfall der Erstattung einigungsbedingter Leistungen an die Rentenversicherung (jährlich 300 Millionen Euro), so kommen hier insgesamt jährliche Einnahmeverluste von 2,9 Milliarden Euro auf die gesetzliche Rentenversicherung zu.

Bislang war geschätzt worden, dass die Rentenversicherung aufgrund ihrer Rücklagen die Belastungen verkraften könne, ohne dass es zu einem Beitragssatzanstieg kommt. Mit dem neuesten Verschiebepbahnhof, mit dem die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung "gelöst" werden sollen, ist dies fraglich - mit anderen Worten: Durch die Unfähigkeit, intelligente Lösungen im Bereich der Finanzierung des Gesundheitswesens zu finden, reißt Schwarz-Gelb ein Loch in einem anderen sozialen Sicherungssystem auf.

Keinesfalls dürfen auch die Konsequenzen für die Rentnerinnen und Rentner aus dem Auge gelassen werden: Die Bruttostandardrente von 1.224 Euro im Monat sinkt allein durch die Anhebung des paritätisch finanzierten Beitragssatzes um 3,67 Euro; hinzu kommt die Mehrbelastung durch die Verdoppelung der "Kleinen Kopfpauschale". Da für das kommende Jahr nach den gegenwärtigen Prognosen von keiner Rentenanpassung ausgegangen werden kann, führen die schwarz-gelben Operationen im Gesundheitswesen dazu, dass die Rentnerinnen und Rentner weitere Kaufkraftverluste hinnehmen müssen.